

Weil Bundesrat und Parlament immer häufiger die wirklichen Probleme ausblenden, ja geradezu zu ignorieren scheinen, weil es im Konkurrenzkampf um Medienpräsenz und günstige «Umfrageresultate» einfacher und lohnender zu sein scheint, Problemchen zu «lebensbedrohlichen» Katastrophen aufzubauschen, beschäftigen sich diese Kreise immer mehr mit leeren Ersatzhandlungen und unnötigem Aktivismus. An oberster Stelle scheint momentan die «Umerziehung» der Bevölkerung zu stehen, wie das früher nur in totalitären sozialistischen und kommunistischen Staaten vorkam. Da werden Gebiete bis ins letzte Detail reglementiert, die seit eh und jeh mit gesundem Menschenverstand problemlos funktionierten. Aber nun muss der Bürger vor sich selber geschützt werden. Rauchen ist ungesund, das muss verboten werden. (ich bin seit jeher Nichtraucher, aber gegen ein Verbot!) Grossmütter, die selber Kinder aufgezogen werden, dürfen keine Enkel mehr hüten. Dazu braucht es jemanden mit einem staatlichen Diplom, auch wenn diese Person noch nie ein Kind aus der Nähe gesehen hat. Weitere Beispiele finden sie jeden Tag in der Zeitung. Die Verwaltung, die viele dieser Problemchen sogar anstösst, ist begeistert, denn da eröffnen sich ganz neue Betätigungsfelder und Karrieremöglichkeiten. Dass der Steuerzahler diesen Unfug schliesslich berappen muss, hat diese Leute noch nie gestört. Viele Bürger, die immer wieder auf die durch interne und externe «Kommunikationsberater» des Bundes, aber auch der Kantone, inszenierten Manipulationen hereinfliegen, glauben immer noch, alles was «von oben» komme, sei richtig und sakrosankt und dürfe nicht kritisiert werden, das sei «schlechter Stil».

Ich staune auch immer wieder, wie sonst vernünftige Leute immer weiteren Einschränkungen der persönlichen Freiheit, aber auch des Privateigentums, zustimmen, weil sie glauben, damit mehr Sicherheit zu bekommen. Es würde sich lohnen, sich wieder einmal an den Ausspruch von Benjamin Franklin zu erinnern, der heute noch genauso so gilt wie damals:

«Wer seine Freiheit aufgibt um Sicherheit zu gewinnen wird schliesslich beides verlieren!»

Ein Artikel von Beat Kappeler in der heutigen «NZZ am Sonntag» bringt es auf den Punkt. Ich kann die Lektüre deshalb nur wärmstens empfehlen.

Von der Leine für den Hund zur Zwangsjacke für den Bürger

Darf man die Haltung von Hunden, Kanarienvögeln und Meerschweinchen an der allgemeinen Freiheitsidee messen? Ja, man muss es sogar, schreibt Beat Kappeler

Der Mensch hält den Hund oft an der Leine. Von jetzt an nimmt der Staat den Menschen an die Leine. Wer einen Hund will, muss einen Kurs besuchen. Dies schlägt der Bundesrat in der Verordnung zum Tierschutz vor.

Gegen das freie Schalten und Walten der Bürger in ihrem Privatleben wiegen die Argumente über Bisse und Aggressivität überhaupt nicht. Die zwei, drei gefährlichen Rassen werden verboten, und die Bürger hielten ihre Hunde bisher genügend im Zaum, um bei anderen Bürgern nicht anzuecken. Die Kontrolle geschah horizontal unter freien Bürgern, nicht von oben nach unten durch den Staat.

Es ist keineswegs pathetisch, wenn man die aufgezwungenen Hundehalterkurse der allgemeinen Freiheitsidee gegenüberstellt. Denn die zwei, drei Sätze in einer solchen Verordnung lösen eine Kaskade neuer Behörden und Kontrollen aus. Staatliche Bürokratie und persönliche Unfreiheit gedeihen in einer verheerenden Zwangskette aus harmlosen Einzelgliedern: Die Politiker greifen laufend neue, normale Wechselfälle des Alltagslebens heraus, denunzieren diese als Gefahr und versprechen Abhilfe, Sicherheit. Doch sobald eine staatliche Kontrolle besteht, können die Politiker behaftet werden, wenn etwas passiert. Sie beauftragen die Verwaltung mit allen notwendigen Vorkehren und bewilligen die Mittel.

Bezahlen müssen Dritte, nämlich die kontrollierten und steuerpflichtigen Bürger. Die Beamten wiederum stehen von diesem Moment an ebenfalls in der Pflicht, wenn dennoch etwas geschieht. Die staatliche Verwaltung haftet, und der Beamte haftet persönlich, wenn er eine krasse Pflichtverletzung begeht. Also wird er die Kontrollen noch stärker ausformulieren als schon im Gesetz vorgegeben, und gegenüber dem Bürger tritt er mit der ganzen «Kaskaden-Autorität» auf - Verfassung, Gesetz, Verordnung, Reglement, Pflichtenheft, Gleichbehandlung ohne Ausnahmen, Sicherheit vor Freiheit. Der Bürger wird gefügig gemacht, weil er sonst keine Bewilligung kriegt.

Bei der Leine, die dem künftigen Hundebesitzer angelegt wird mit dieser Verordnung, geht dies konkret so: Wird künftig ein Kind, ein Briefträger oder Spaziergänger gebissen, richten sich die Blicke auf den verantwortlichen Politiker, dieser schiebt die zuständigen Beamten vor. Nach jedem Biss kann ein Kopf rollen. Daher werden jetzt erstens Reglemente ausgearbeitet, damit alle möglichen Situationen vorgesehen sind - Hunde im Beruf, als Blindenbegleitung, Tiere in der Landwirtschaft, Ausnahmen für Diplomaten und Eingereiste, geerbte oder zugelaufene Hunde. Sodann die Meldepflicht, sodann die Strafen. Hat man dies einmal grob festgelegt, sieht man, welche Behörden zuständig sind oder neu ausgebaut werden. Und wenn schon nicht jeder Mensch einen Hund einfach so halten darf, dann kann nicht irgendein Mensch dazu die Kurse erteilen. Also Kursreglemente, Diplome, Bewilligungen für Kursleiter. Meistens werden dazu auch vorhandene Verbände einbezogen oder gar beauftragt. Dies erklärt, warum die Schweizerische Kynologische Gesellschaft diese Kurse «begrüsst». Sie küsst die Leine, die künftige Hundeliebhaber fesselt. Denn es fallen sicher für deren Funktionäre saftige Kursaufträge, Ausbildungsmöglichkeiten, Mitwirken in Sitzungen und schliesslich indirekt Regulierungskompetenzen ab.

Dieses Muster an Bürokratie, Verbands korporatismus und Freiheitsabbau ist allgegenwärtig. Die meisten Gesundheitsberufe sind so geregelt und für spontane Arbeit geschlossen, Kinderhorte und ihre Leiter ebenso, die meisten Bewilligungen für irgendwelche Stoffe, für Arbeitsplätze setzen die Sicherheit höher als die Freiheit. Zusammen aber mauern sich alle Berufe, Behörden, Verbände und Bürger in einem Käfig aus tausend Stäben ein. Künftig wird es weit schwierig sein, obligatorische Kurse und Kontrollen für werdende Eltern abzuweisen, sind doch Kinder schliesslich noch wichtiger als Hunde.

Eindrücklich, wie sich freie Bürger den zahllosen Kontrollen, Signalen auch im Verkehr unterwerfen. Kilometer statt Freiheit. Norwegen dagegen hat einen der möglichen Auswege erprobt - keine Signale mehr. Der Staat signalisiert dem Bürger, dass er verantwortlich bleibt, dass die Sicherheit nicht garantiert wird. Und schon gab es weniger Unfälle. Diese Strategie der Freiheit hat bisher bei den Hundehaltern mit so minimalen Ausnahmen funktioniert, dass keinerlei Not für Vorschriften besteht. Der zweite Ausweg ist die Verweigerung der Bürger - die schlichte Missachtung der Regeln. Eines Tages kommt der Staat nicht mehr mit, alle seine Regeln gegen die Freiheiten durchzusetzen. Der mächtige Bürgermeister Zürichs Hans Waldmann wurde 1489 geköpft, weil er zuletzt auch noch den Bauern die Hunde verbot. Wenn ich mit Waldmann im Kopfe nach dieser Verordnung der Knechtung zum Bundesrat nach Bern blicke, dann habe ich ein gefährliches Glimmen im Auge.